

Motion über die Einführung des Fristenstillstands bei Referenden

eröffnet am 9. September 2014

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Stimmrechtsgesetz so anzupassen, dass die Referendumsfrist in Ausnahmefällen verlängert werden kann, um allen Personen die gleichen Volksrechte zu gewähren.

Begründung:

Die Frist zur Einreichung der Unterschriftenlisten bei Referenden beträgt 60 Tage seit Veröffentlichung der Referendumsvorlage. Im Gegensatz zu anderen Volksbegehren ist der Sammlungszeitraum strikt vorgegeben, beziehungsweise Start oder Endpunkt können nicht gewählt werden. Fallen somit Endpunkte von Referendumsfristen auf Schulferien oder allgemeine Feiertage (insbesondere Weihnachten-Neujahr, Ostern, Pfingsten) schmälert sich die effektive Sammlungsfrist, da die Unterschriften schon zu einem frühen Zeitpunkt zur Beglaubigung eingereicht werden müssen, um das erfolgreiche Gelingen sicherzustellen. Dies kommt aus dem Umstand zustande, da viele Gemeinden über die erwähnten Zeitperioden geschlossen oder nur temporär besetzt sind. Ein Beispiel kann dies verdeutlichen. Die Frist zur Einreichung der Unterschriften zum Referendum zum neuen Stipendiengesetz endete kurz nach Neujahr. Damit das Referendumskomitee sicherstellen konnte, dass die Unterschriften fristgerecht nach Beglaubigung eingereicht werden können, musste der Versand an die Gemeinden schon vor dem 20. Dezember getätigt werden. Es war nämlich damit zu rechnen, dass mit der vorherrschenden Terminkonstellation die verantwortlichen Personen im Zeitraum Weihnachten und Neujahr nicht immer auf den Ämtern sein würden. Auch in andern Situationen ist mit einer Terminkonstellation zu rechnen, die ein frühzeitiges Verschicken zur Beglaubigung erfordert. Dieser Umstand aber lässt hinterfragen, ob allen Personen dieselben Volksrechte gewährt werden. Je nachdem in welche Zeiträume die Referendumsfrist fällt, unterscheiden sich die effektiven Zeiträume für die Unterschriftensammlung. Wir bitten die Regierung, diesem Umstand Rechnung zu tragen und die Fristen so anzupassen, dass allen Personen die selben Volksrechte gewährt werden.

Candan Hasan

Fässler Peter

Krummenacher Martin

Roth David

Zopfi-Gassner Felicitas

Truttmann-Hauri Susanne

Mennel Kaeslin Jacqueline

Dettling Trix

Odermatt Marlene

Zemp Baumgartner Yvonne

Meyer Jörg

Schneider Andy

Budmiger Marcel